

„Große Höhle“ wird jetzt ausgeräuchert

DDR-Deponie Der Giftsee gilt als eine der größten Altlasten in der Uckermark. Gelingt es im zweiten Anlauf ihr den Garaus zu machen? *Von Thorsten Pifan*

Die „Große Höhle“ bei Zichow gilt als eine der größten Altlasten in der Region. In dem Giftsee landete zu DDR-Zeiten eine undurchsichtige Plörre. Trotz Millionen-Investition gelang es nicht, die Höhle auszuräuchern. Nun wird ein neuer Anlauf genommen, um ein Stück Lebensraum für die Natur zurückzugewinnen – und weitere Gefahren von umliegenden Grundstücken abzuwehren.

Rund 36.000 Tonnen Giftstoffe sollen dort noch lagern. Die giftigen Stoffe sind 2020 entdeckt worden. In den Jahren zuvor hatte es bereits eine umfangreiche Sanierung gegeben. Doch die Gifte waren offenbar so hartnäckig, dass nicht alle entfernt worden sind.

Aktuell gibt es einen zweiten Anlauf. Dafür haben die Arbeiten schon begonnen. „Zurzeit wird die Baustelle eingerichtet“, sagt Jörg Schubert, Leiter des Landwirtschafts- und Umweltamts beim Landkreis Uckermark. Später sollen große Bereiche der Westböschung und des südöstlichen Havariedammes abgetragen werden. Außerdem wird der in der ersten Sanierungsphase hergestellte Belastungsdamm beseitigt, sowie Sekundärkontaminationen in der Grubensohle entfernt.

Die Belastung, die auf dem Areal immer noch festgestellt werden kann, lässt sich auch im Grundwasser und im Oberflächenwasser nachweisen. „Eine Gefahr für die Allgemeinheit besteht allerdings nicht“, hatte Schubert vor einigen Monaten schon beruhigt. Denn der Schaden breite sich nachweislich nicht

aus. In unmittelbarer Nähe der „Großen Höhle“ klingt der Mix an Inhaltsstoffen jedoch wenig Vertrauen erweckend.

Um das Grundwasser von den Belastungen zu befreien, sind nun folgende Arbeitsschritte vorgesehen: Zuerst muss das anstehende Grundwasser in der Grube abgepumpt und entsorgt werden. „Nach Abschluss der Entsorgungsarbeiten soll die Grube mit sauberem Bodenmaterial bis über den Grundwasserspiegel verfüllt und das Gelände profiliert werden“, schildert Schubert das Vorgehen.

Damit eine saubere Trennung der Stoffe aus der „Großen Höhle“ stattfinden kann und das Problem nicht einfach verlagert wird, werden anfallende kontaminierte Materialien während der Bauarbeiten laufend untersucht und je nach Abfallart und Belastung in geeignete Anlagen gebracht, um sie dort endgültig zu entsorgen, sagt Schubert.

Nachgewiesen worden sind laut Schubert: Phenol, das ist ein Zwischenprodukt bei der Herstellung von Kunststoff, leicht flüchtige Chlorkohlenwasserstoffe, die Ausgangsstoffe für die Kunststoffproduktion sind und als Lösungs- und Reinigungsmittel dienen und dienen, leicht flüchtige aromatische Kohlenwasserstoffe, die im Treibstoff die Oktanzahl erhöhen, sowie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, die in Erdöl oder Kohle vorkommen, Chlorid, Sulfat und Ammonium sowie Arsen und einzelnen Schwermetalle.

Eigentlich hatten zum Ende der Arbeiten des Abschnitts I alle gehofft, dass die „Große Höhle“ nun

endlich der Vergangenheit angehört. Doch dann stellte sich heraus, dass es insbesondere an der Grubensohle infolge der jahrzehntelangen Verkipfung Lösungsmittel- und teerhaltiger Abfälle zu massiven und zum Teil bis zu zehn Meter tiefen Sekundärkontaminationen gekommen war. Zudem habe sich gezeigt, dass primär die Westböschung aus hochbelasteten Altauffüllungen besteht.

Metallfässer in der Böschung

Darin sind auch Metallfässer enthalten, die jetzt sortiert und sortenrein entsorgt werden sollen, erklärt Schubert. Die Zahl der Verursacher aus DDR-Zeiten lässt sich noch heute feststellen und zeigt einen illustren Querschnitt durch die Industrie nicht nur aus der Region.

Es fanden sich Reste und Abfälle aus der Produktion des PCK, dem Pipeline-Betreiber MVL, einer Großwäscherei aus Bad Freienwalde, der Holzverarbeitung aus Finowfurt, dem Reifenwerk Pneumant aus Fürstenwalde, dem PCK/Minol-Tanklager in Seefeld, aus dem VEB Tierische Rohstoffe und dem Teerwerk in Erkner.

Auch wenn die Verursacher weitgehend bekannt sind, sind sie für die Beseitigung der Belastung im Erdreich nicht zur Verantwortung zu ziehen. Zahlen muss in diesem Fall der Steuerzahler.

Die Kosten übernimmt die Bundesrepublik Deutschland. Für die Maßnahme werden Kosten in Höhe von 18,5 Millionen Euro veranschlagt. Jörg Schubert sagt: „Mit einem Ende der Arbeiten rechnen wir im Frühjahr oder Sommer 2024.“